Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang
Die „Freiheit" erſcheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg M. 29.—, für das übrige Ausland M. 36.—.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Sonnabend, 10. Dezember 1921

Nummer 577 • Abend-Ausgabe
Die zehngeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 6,— M., einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Die Furcht vor der Kataſtrophe

Engliſche Beſorgniſſe

Die ſoeben abgeſchloſſenen Verhandlungen zwiſchen Loucheur und Lloyd George ſtehen im Mittelpunkte des Intereſſes. Die ſchnelle Rückkehr des franzöſiſchen Wiederaufbauminiſters aus London gibt Raum für die verſchiedenartigſten Vermutungen und Kombinationen. Leute, die das Gras wachſen hören, wollen bereits von tiefgehenden Differenzen zwiſchen Frankreich und England wiſſen und richten auf dieſem Luftgebilde die Erwartung auf, daß es Deutſchland am eheſten gelingen würde, aus der gegenwärtigen Kriſe herauszukommen, wenn es bei ſeiner bisherigen Untätigkeit und Sabotage in der Reparationsfrage beharrt.

Nichts wäre verhängnisvoller als die Aufrechterhaltung dieſer illuſionären Erwartung, die eine frappierende Aehnlichkeit mit den alldeutſchen Spekulationen während des Weltkrieges aufweiſt. Es gibt zwar Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen England und Frankreich über die Methoden der Reparation, aber einig ſind beide Länder in der Anerkennung der franzöſiſchen Anſprüche, deren Erfüllung ſofortige energiſche Maßnahmen Deutſchlands und weitgehende Garantien erfordert. Weil die Verwirklichung dieſer Maßnahmen das geſamte Reparationsproblem berührt, ſind die Verhandlungen zwiſchen Loucheur und Lloyd George unterbrochen worden, um dem franzöſiſchen Miniſterpräſidenten Briand die Möglichkeit zu geben, noch vor Weihnachten nach London zu kommen und den ganzen Komplex der Reparationsprobleme zu erörtern.

Die Aeußerungen der engliſchen Preſſe decken die Beweggründe auf, die zu einer Vertagung der engliſch-franzöſiſchen Verhandlungen geführt haben. So ſchreibt die „Times", es handle ſich nicht mehr um eine Frage der genauen Durchführung der Beſtimmungen des Verſailler Vertrages, ſondern um eine zuſammengefaßte Anſtrengung der Alliierten, Europa vor den Folgen des drohenden allgemeinen finanziellen Zuſammenbruchs zu retten. Zweifellos habe aus dieſem Grunde Lloyd George Briand eingeladen, die wirtſchaftliche Lage der Welt mit ihm zu erörtern. Der „Times" zufolge werden beide Staatsmänner vielleicht die augenblickliche Wirtſchaftslage dazu benutzen können, um die Grundlagen eines neuen politiſchen Uebereinkommens zu ſchaffen. Vielleicht würden Methoden zur Behebung der Mängel des Friedensvertrages von Verſailles ausgeſonnen werden. „Daily Chronicle" ſchreibt, Lloyd George habe darauf hingewieſen, daß die deutſchen Reparationen nicht beſonders behandelt werden könnten und daß die Reparationsfrage nur einen Teil der größeren und wichtigeren Frage der Wiederherſtellung der wirtſchaftlichen Stabiliſierung Europas bilde.

Der Londoner Berichterſtatter des Pariſer „Temps" ergänzt dieſe Feſtſtellungen der führenden engliſchen Blätter mit dem Hinweis, daß die engliſche Regierung dem ſtarken Druck der öffentlichen Meinung, vor allen Dingen der Arbeiterſchaft, unterliege. Dieſer Hinweis deckt zweifellos den Kernpunkt der politiſchen Situation in England auf. In der geſtern von uns veröffentlichten Reſolution des Vereinigten Nationalkomitees der engliſchen Arbeiterpartei iſt mit aller Deutlichkeit der Wille der vielen Millionen des organiſierten engliſchen Proletariats zum Ausdruck gelangt, die territorialen und wirtſchaftlichen Bedingungen des Verſailler Friedensvertrages zu revidieren und das Wirtſchaftsleben Europas auf dem Boden jener Maßnahmen aufzubauen, die von den internationalen politiſchen und gewerkſchaftlichen Konferenzen in Amſterdam gefordert worden ſind. Die zunehmende Zerrüttung des engliſchen Wirtſchaftslebens, als Folge der Reparationskriſe, hat die großen Maſſen des engliſchen Proletariats, die am ſchwerſten unter dieſer Kriſe zu leiden haben, zu dieſer Stellungnahme getrieben und ſie für die von den ſozialiſtiſchen Parteien aufgeſtellten Richtlinien der Reparationen zugänglich gemacht.

Dieſem Druck der arbeitenden Maſſen kann ſich auch die engliſche Regierung nicht entziehen. Der ſteigenden ſozialen Gärung in England iſt es zuzuſchreiben, daß Lloyd George jetzt erklärt, die Welt könne nicht mehr von einem Tage auf den anderen Leben und dürfe nicht von einem nicht erfüllten Zahlungstermin abhängen. Die Furcht vor der wirtſchaftlichen Kataſtrophe, die eine Kataſtrophe der ganzen Welt ſein würde, iſt es, die den engliſchen Premierminiſter zu ſeiner Stellungnahme veranlaßt. Je ſtärker und zielbewußter die Oppoſition der Arbeiterklaſſe hervortritt, deſto eifriger ſuchen die kapitaliſtiſchen Machthaber nach Maßnahmen, um den gegenwärtigen Kriſenzuſtand durch irgendein Kompromiß zu mildern.

Loucheur über ſeine Reiſe

Paris, 10. Dezember.

Miniſter Loucheur, der geſtern abend von ſeiner Reiſe nach London zurückgekehrt iſt, hat Briand eine Einladung zu einer Ausſprache mit Lloyd George, der auch Loucheur beiwohnen ſoll, überbracht. Dieſe Zuſammenkunft ſoll einer Sitzung des Oberſten Rates vorangehen und wenn möglich am 16. Dezember in London, jedenfalls aber noch vor Weihnachten, ſtattfinden. Miniſter Loucheur erklärte über ſeine Reiſe, ſeine Eindrücke ſeien ausgezeichnet. Er habe nicht nur mit Lloyd George, ſondern auch mit Leuten der City und mit Churchill verhandelt.

Nach dem „Matin" ſoll Lloyd George etwa geſagt haben, er verſtehe vollkommen die Lage Frankreichs und er bitte Loucheur, die öffentliche Meinung Frankreichs vollkommen zu beruhigen. **Er habe mit Deutſchland kein Moratorium abgeſchloſſen und wolle auch keins abſchließen. Die Engländer ſeien mit den Franzoſen über die Tatſache einig, daß die Deutſchen ſehr wenig getan hätten, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.** Sie müßten an ihre Verpflichtungen erinnert werden, aber in der Welt herrſche eine Lage, die beſeitigt werden müſſe. **Beſſere Methoden müßten geſucht werden.** Lloyd George habe hinzugefügt, wenn in der Angelegenheit der Reparationen gewiſſe Opfer gebracht werden müßten, um ein allgemeines Einverſtändnis zu erzielen, ſo werde England ſich dem nicht entziehen. — Nach dem „Journal" ſoll Lloyd George erklärt haben, **es habe niemals in der Abſicht der engliſchen Regierung gelegen, Deutſchland bedingungslos irgendeinen Zahlungsaufſchub zu gewähren.** Der engliſche Premierminiſter habe das formelle Recht Frankreichs auf volle Reparationen anerkannt, aber die wirtſchaftliche Unordnung der Welt angeführt, die Kataſtrophen nach ſich ziehen können. **Die Welt könne nicht mehr von einem Tag auf den anderen leben und dürfe nicht mehr von einem nicht erfüllten Zahlungstermin abhängen.**

Frankreichs Standpunkt in der Reparationsfrage

Int. **Paris**, 10. Dezember.

Ueber die Reparationsfrage und die damit in Zuſammenhang ſtehende Londoner Reiſe des franzöſiſchen Aufbauminiſters Loucheur ſchreibt Jules Sauerwein im „Matin":

Die franzöſiſche Regierung hat in ihren Verhandlungen über die Reparationsfrage, geſtützt durch das Parlament, an ihrer Auffaſſung feſtgehalten, daß die Zahlungen von ſeiten Deutſchlands fortgeſetzt werden müßten. Die engliſche Regierung ſcheint dagegen auf ihrem Standpunkt, Deutſchland einen Zahlungsaufſchub zu gewähren, feſthalten zu wollen. In der Reparationskommiſſion ſtehen ſich die Anſichten der Vertreter der beiden Regierungen nicht ſo feindlich gegenüber, wie man es eigentlich annehmen könnte. **Auf Grund der geführten Verhandlungen ſcheinen ſie im Begriffe zu ſtehen, ſich zu einigen.** Deutſchland habe nur zwei Zahlungsmöglichkeiten, nämlich in Waren, die jedoch eine beſtimmte Grenze nicht überſchreiten dürften und in Deviſen, von denen Deutſchland nur eine beſchränkte Anzahl beſitze. Man dürfe aber nicht vergeſſen, daß nach einer ſicherlich nicht zu hoch gegriffenen Schätzung die Guthaben der deutſchen Privatinduſtrie im Auslande 6—7 Milliarden Goldmark betragen würden. Die Alliierten hätten jedoch keine geſetzliche Handhabe, die deutſche Regierung zu zwingen, dieſe privaten Guthaben zum Zwecke der Reparationsleiſtung heranzuziehen, denn der Vertrag von Verſailles gebe ihnen kein Recht, gegenüber den Neutralen einen Druck in dieſer Richtung auszuüben. Trotzdem aber habe Deutſchland noch 5 Aktivpoſten, die für die Reparationsleiſtungen mobiliſiert werden müßten, und zwar die Frachten der Schiffahrt, den Wert der Guthaben in den Ententeländern, die fremden Valuten, die deutſchen Unternehmungen im Auslande und die Kommiſſionsgewinne der deutſchen Banken. Deutſchland ſolle im Ausmaße des Londoner Abkommens eine Anleihe aufnehmen, die ſowohl im Inland, als im Ausland aufgelegt werden müſſe. Den Geldgebern müßten natürlich Garantien geboten werden. Man dürfe auch nicht verſäumen, die Neutralen dafür zu intereſſieren. **Vorausſetzung für die Gewährung der Anleihe, ſoweit das Ausland in Betracht kommt, ſei jedoch die Einſchränkung des Banknotenumlaufes und die Verhinderung weiterer deutſcher Kapitalflucht in das Ausland.** Frankreich habe keinen Grund, ſich einem auf dieſer Baſis aufgebauten Zahlungsaufſchub zu widerſetzen. Nach 4 bis 5 Jahren müſſe Deutſchland natürlich wieder die Zahlungen nach dem durch die Unterzeichnung des Londoner Abkommens eingegangenen Modus übernehmen. Er glaubt, daß ſowohl die Alliierten, als auch die deutſche Regierung ſich auf einer ſolchen Baſis finden könnten.

Die Lage im Hochbahnerſtreik

Zuſtimmung zum Schiedsſpruch

Nachdem die Funktionäre geſtern abend den Beſchluß gefaßt haben, heute vormittag der Vollverſammlung die Annahme des vor dem Schlichtungsausſchuß Groß-Berlin gefällten Schiedsſpruches zu empfehlen, hat die heutige Vollverſammlung, die um 11 Uhr zuſammentrat, ſich mit dem Schiedsſpruch beſchäftigt. Die Entſcheidung der Funktionärkonferenz wurde mit Beifall aufgenommen und es kann daraus entnommen werden, daß die Vollverſammlung dem Antrage der Funktionäre, den Schiedsſpruch anzunehmen, zuſtimmen wird. Eine endgültige Entſcheidung war bis Redaktionsſchluß jedoch noch nicht gefallen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Direktion der Hochbahngeſellſchaft wahrſcheinlich eine andere Entſcheidung fällen und den Spruch des Schlichtungsausſchuſſes Groß-Berlin ablehnen. In dieſem Falle würde **die Direktion der Hochbahngeſellſchaft die volle Verantwortung für die Fortſetzung des Streiks zu tragen haben.**

Oſtpreußiſche Feuerwehr

In Oſtpreußen brennt es lichterloh, luſtig und ſeit langem ſchon. Die Regierung, die bisher die Gewalt hatte, wußte nichts davon, daß Gefahr im Verzug iſt, oder wollte nichts davon wiſſen. In Oſtpreußen aber hat man eine Feuerwehr organiſiert, eine eigenartige Feuerwehr, eigenartig und eigenwillig. Das iſt eine lange Geſchichte, und die iſt verdammt nicht luſtig.

Vor Jahren wurde, wie noch erinnerlich ſein dürfte, mit Genehmigung des oſtpreußiſchen Oberpräſidenten und der preußiſchen Staatsregierung eine Orts- und Grenzwehr gebildet, angeblich zum Schutz der langgeſtreckten oſtpreußiſchen Grenze im Kriege Rußlands mit Polen. Dieſe Orts- und Grenzwehren, gut und genügend bewaffnet, waren paritätiſch zuſammengeſetzt und in den Reihen ihrer Mitglieder faſt alle politiſchen Richtungen, mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommuniſten, vertreten. Der Krieg der Ruſſen mit den Polen war vorüber, Gefahren für die Grenzen gab es nicht länger, aber die Orts- und Grenzwehren lebten ruhig und vergnügt weiter, und manche ihrer Mitglieder verübten mit ihren Gewehren und der dazugehörigen Munition mancherlei Unfug.

Mit beſonderer Liebe jedoch wurden die Orts- und Grenzwehren vom oſtpreußiſchen Heimatbund beachtet und betrachtet, deſſen Spitzenorganiſation aus den oſtpreußiſchen Granden und Großen vom ſchwerſten reaktionären Kaliber beſteht. Dieſe Herrſchaften, die ſich ſo gern Retter des Vaterlandes rufen hören, wollten die Orts- und Grenzwehren militäriſch „ertüchtigen". Man plante eine beſondere militäriſche Organiſation für ſie, und der Herr Rittergutsbeſitzer von Weiß-Plauen, einſt aktiver Major im Baltikum, ſollte und wollte die „Schoſe ſchmeißen", um im Jargon dieſer Jünger von der gottgewollten Abhängigkeit des Proletariats zu reden.

Allein, man hatte ſich ein wenig zu weit vorgewagt, und der Vorſitzende des Geheimbundes, der frühere Oberpräſidialrat von Haſſelt, bekam den Beſuch von Polizei und Staatsanwalt. Ein Prozeß wegen Geheimbündelei ſollte folgen. Doch man hat von der Sache weiter nichts gehört, ſie iſt im Sande verſickert. Wenn man übrigens annimmt, daß der oſtpreußiſche Oberpräſident Siehr, ein Demokrat, an dieſer Verſchleppung und Verſickerung des Prozeſſes nicht ganz ohne Schuld iſt, geht man gewiß nicht fehl. Herr Siehr hat ſtändig Angſt vor der eigenen Courage, er ſchwankt ſtets zwiſchen Glauben und Aberglauben, zwiſchen Furcht und Hoffnung, und bei dieſer ſchwächlichen Haltung hat er ſich von den ſchlauen und geriſſenen oſtpreußiſchen Junkern dermaßen einwickeln laſſen, daß er aus dieſen Schlingen nicht mehr heraus kann, wovon noch weiter unten geſprochen werden muß.

Vor ein paar Monaten verlangte nun die Entente die Auflöſung der Orts- und Grenzwehren. Darob große Entrüſtung und gewaltiges Geſchrei in Oſtpreußen. Am lauteſten aber ſchrien alle diejenigen, die die Ort- und Grenzwehren wegen ihres militäriſchen Charakters ganz beſonders innig liebten. Das Königsberger Wehrkreiskommando behauptet, die Wehren werden die Waffen nicht freiwillig abliefern, es wird blutige Aufſtände geben, Bürgerkrieg mit Toten und Verwundeten, und die geſchickte Propaganda und leicht zu durchſchauende Phantaſie der Offiziere des Wehrkreiskommandos ging ſo weit, daß ſie einem Ausfrager, ohne mit der Wimper zu zucken, erklärten: „Kommt es zur Gewalt gegen Gewalt, befiehlt das Wehrminiſterium, daß wir Soldaten ſchicken, um die Waffenablieferung mit der Waffe in der Hand zu ertrotzen, werden unſere Wehrkreisſoldaten aller Wahrſcheinlichkeit nach dieſen Befehl nicht befolgen, ſondern ſich mit den aufſäſſigen und widerſpenſtigen Orts- und Grenzwehren verbrüdern!"

Man ſieht, den lieben Untertanen ſollte das Gruſeln beigebracht werden, flammende Entrüſtung wurde gehiſt und gezückt, und alles nur, um die lieben, guten Orts- und Grenzwehren, die vollſtändig überflüſſig geworden waren, zu erhalten, zu hegen und zu pflegen. Der Oberpräſident Siehr aber, aller Entrüſtung voll, ſetzte ſich auf die Bahn, oder richtiger geſagt, legte ſich in das Bett des Schlafwagens, fuhr nach Berlin und ſagte zum preußiſchen Innenminiſter: „Wenn die Orts- und Grenzwehren aufgelöſt werden, dann gehe ich!" Führwahr, eine fürchterliche Drohung!

Inzwiſchen ſind nun die Wehren aufgelöſt, aber Herr Siehr iſt doch geblieben. Aber — es geht und gibt in Oſtpreußen nichts ohne Aber, nichts ohne heimtückiſche und häßliche Kehrſeite! Wie immer faſt, ſo handelten auch hier die oſtpreußiſchen Helden von hinten herum. Man wandelte die Wehren einfach um, und aus den verbotenen Orts- und Grenzwehren iſt eine oſtpreußiſche Feuerwehr geworden! Der Name iſt geändert, Programm und Prinzip ſind geblieben.

Hervorragenden Anteil an dieſem genialen Gedanken der Umwandlung und Umgruppierung in Feuerwehrorganiſationen hat der Heimatbund, deſſen Ausrottung mit Stumpf und Stil von der Regierung auf das allernachdrücklichſte gefordert werden muß. Die einflußreichſten Mitglieder des Heimatbundes haben mit dem Oberpräſidenten wegen dieſer Umwandlung verhandelt, und der demokratiſche Oberpräſident hat Ja! und Amen! dazu geſagt, angeblich im Intereſſe der „Ruhe und Sicherheit" der Provinz! Später, als ihm ſchwere Bedenken dieſerhalb aufſtiegen, namentlich, als ihn der Oberpräſidialrat Dr. Herbſt auf das Ungeſetzliche aufmerkſam machte, verſuchte er rückgängig zu machen und eine ſchärfere Tonart gegenüber dem Heimatbund aufzuziehen. Der aber lachte darüber und ſagte ganz ungeniert: „Nein, mein lieber Oberpräſident! Mitgefangen, mitgehangen! Du haſt zuerſt Ja geſagt, und wenn du dich nun von uns abwenden und Anzeige erſtatten willſt, fürchten wir uns durchaus nicht, denn dann fliegſt du auch!" Wahrlich, ein trauriger Tiefſtand politiſcher Moral!

Bei dieſer ſchönen oſtpreußiſchen Feuerwehr ſind auch einige ſozialdemokratiſche Mitglieder geblieben, der größere Teil freilich iſt ausgetreten. In der Königsberger Parteileitung der S. P. D. wußte man nicht recht, wie man ſich zu der Angelegenheit ſtellen ſollte, ſchließlich aber beruhigte man ſein Gewiſſen damit, daß man erklärte: „Laßt nur ein paar Genoſſen bei dieſer Feuerwehr bleiben, die bieten wenigſtens Garantie dafür, daß deutſchnationale Ausſchreitungen unterbleiben!" Es wird nicht jedermanns Sache ſein, ſich mit dieſem Jeſuitismus zu befreunden, darf man wohl mit aller Beſcheidenheit zu dieſem Beſchluß bemerken. Wir haben jetzt in Preußen eine neue Regierung, und der neue preußiſche Innenminiſter iſt der Sozialdemokrat Severing. Wird dieſe neue Regierung den Brand in Oſtpreußen löſchen? Gleich und gründlich?! Um Antwort wird gebeten!

Mein Name iſt Haſe . . .

Ludendorff und Genoſſen als Zeugen

Der Kreis der auserleſenen Männer, jene Auswahl von Tüchtigen, die im März 1920 das deutſche Volk aus dem „Sumpfe der Revolution" befreien wollten, haben ſich geſtern vor dem Reichsgericht in Leipzig eine neue Blamage geholt. Es trat eine große Reihe von militäriſchen Zeugen auf, teils in Uniform, teils in Zivil. Im Mittelpunkt der Verhandlungen ſtand Seine Exzellenz General Ludendorff. Er bekundete ſeine Eigenſchaft zum Führer wiederum darin, daß er es nicht fertig bringen konnte, ſeinem Gegner in die Augen zu ſchauen. Das iſt ein Merkmal, das ſchon viele Beobachter an ihm feſtgeſtellt haben. Es beweiſt zweifellos ſeine hervorragende Eigenſchaft zum Führer.

Auch als Zeuge iſt Ludendorffs Name — Haſe; er weiß von nichts. Zwar liegt neben anderen Beweiſen ein Brief vor, ſchwarz auf weiß geſchrieben und an Ludendorff gerichtet. Der Schreiber iſt ein Herr von Dewitz, Direktor des Pommerſchen Landbundes. Der Brief iſt zehn Tage vor dem Putſch, am 3. März, geſchrieben worden. Es wird in ihm auf eine Sitzung in der Viktoriaſtraße hingewieſen, wo Kapp in einem Hauſe ſeine Reſidenz aufgeſchlagen hatte. In dem Briefe heißt es, daß Kapp voreilig geweſen ſei, er habe ſich unvorſichtig über den Zeitpunkt des Losſchlagens geäußert, die Geheimhaltung ſei gefährdet und deshalb müſſe ſich jetzt gerade Ludendorff Zurückhaltung auferlegen. Denn ſein entſcheidender Einfluß ſei unbedingt notwendig, gleichgültig „ob offiziell oder hinter den Kuliſſen". Man brauche ihn unbedingt, wenn der Putſch gelingen ſolle.

Dieſer Brief war, wie geſagt, an Ludendorff gerichtet. Ludendorff aber — weiß von nichts. Und auch Herr Dewitz, die Säule des Pommerſchen Landbundes, kann keine Auskunft geben, über die Geheimſitzungen in der Viktoriaſtraße. Dabei geweſen iſt er, aber daß Kapp das Oberhaupt bei den nächtlichen Verſchwörungen ſpielte, das weiß er nicht. Jedesmal, wenn er bei der Vernehmung in die Enge getrieben wird, ſchnarrt er ſein Sprüchlein herunter: Keine Ahnung! In ſeinem Brief an Ludendorff iſt nun weiter die Rede davon, daß die monarchiſtiſchen Landbewohner nicht mehr länger warten könnten. Auf was? Das iſt nun hier die entſcheidende Frage. Logiſcherweiſe doch nur auf den Putſch. Aber Herr Dewitz — weiß nichts davon. Dann beſinnt er ſich plötzlich: Aha, der Bolſchewismus! Auf dieſer Flöte haben ja auch ſchon Seine Exzellenz Herr General Ludendorff geſpielt. Alſo: es handelte ſich um einen bolſchewiſtiſchen Putſch, der abgewehrt werden ſollte. In der „Abwehr des Bolſchewismus" wollten die monarchiſtiſchen Landbündler nicht mehr länger warten. Das iſt zwar ausgefeimter Schwindel, aber die Situation iſt wieder einmal gerettet. Auch für Ludendorff. Im Mittelalter war es der Teufel, in der wilhelminiſchen Zeit der Anarchiſt, heute iſt es der Bolſchewiſt, mit dem das reaktionäre Geſindel die Dummen einfängt. Es muß ſich nun zeigen, ob das Reichsgericht jenen „Dummen" zuzuzählen iſt.

Ludendorff gehört nach ſeiner ganzen Rolle nicht auf die Zeugenbank, ſondern auf die Anklagebank. Leider iſt er als Mitbeteiligter ſogar vereidigt worden. Vereidigt wurden auch die Herren Dr. Grabowski und Schnitzler, die unter anderem behauptet hatten, die Nationale Vereinigung habe keine Liſten geführt. Wir behaupten im Gegenſatz dazu, daß Liſten geführt worden ſind. Wer in der Nationalen Vereinigung, Bureau Schellingſtraße 1, tätig war, muß davon unterrichtet ſein. Beſchwört einer als Mitbeteiligter das Gegenteil, dann liegt zwangsläufig der dringende Verdacht eines Meineids vor.

Sonderbündeleien im Rheinlande

Die Oeffentlichkeit hatte ſchon mehrfach Gelegenheit, ſich mit den ſeparatiſtiſchen Treibereien des Herrn Smeets im Rheinlande zu beſchäftigen, die offenkundig von franzöſiſcher Seite begünſtigt wurden. Nun iſt Herr Smeets kürzlich von den deutſchen Behörden verhaftet worden, weil er zu gerichtlichen Verhandlungen wegen früherer Straftaten nicht erſchienen war. Die Interalliierte Rheinlandkommiſſion nahm dieſe Verhaftung zum Anlaß, ſich offen für Smeets einzuſetzen und ſeine ſofortige Freilaſſung zu fordern. Dieſer Eingriff in die deutſche Gerichtsbarkeit iſt von mehreren Gerichtskammern mit Einſtellung ihrer Tätigkeit beantwortet worden.

Auch die Kölniſche Arbeiterſchaft hat ſich in einer von mehreren tauſend Perſonen beſuchten Verſammlung gegen dieſen Uebergriff der Interalliierten Rheinlandkommiſſion gewandt und gegen die Sonderbündeleien proteſtiert, die auf die Losreißung einzelner Teile des Rheinlandes von Deutſchland hinzielen. Die Regierungen in den Ententeländern würden gut tun, dieſe Stellungnahme der rheinländiſchen Arbeiterſchaft ſehr ernſtlich zu beachten. Die Förderung geheimer ſeparatiſtiſcher Machenſchaften durch einzelne Behörden oder Amtsperſonen der Alliierten leitet nicht nur Waſſer auf die Mühlen der deutſchen Nationaliſten, ſondern gefährdet auch die Stellung der deutſchen Republik in ihrem Kampf gegen die monarchiſtiſche Konterrevolution.

Nationaler Schwindel

Das in der Düſſeldorfer Kaſerne entdeckte geheime Waffenlager ſoll, wie die bürgerliche Preſſe behauptet, von der ſogenannten „Roten Armee" dort angelegt worden ſein. Das iſt eine Behauptung, ſo dumm, daß es ſich kaum lohnt, ſie zurückzuweiſen. Die Arbeiter hatten während des Kapp-Putſches gerade Zeit, ihre Waffen ausgerechnet in einer Kaſerne zu verſtecken! Selbſt wenn die Abſicht, die Waffen nach dem Kapp-Putſch nicht abzuliefern, beſtanden hätte, wäre eine Kaſerne der Reichswehr doch das allerungeeignetſte Verſteck geweſen. Am Ende ſind auch die großen Waffenlager, die wiederholt in den Potsdamer Kaſernen ausgehoben wurden, von der Roten Armee dort angelegt worden. Am Ende hat die Rote Armee auch die 500 Geſchütze nach den Rockſtroh-Werken in Heidenau bei Dresden geſchickt und dort verbaut!

Die unwahre Behauptung der bürgerlichen Preſſe dient lediglich dem Zweck, die Arbeiterſchaft vor dem Auslande anzuſchwärzen und die dunklen Machenſchaften der uniformierten und nichtuniformierten reaktionären Verſchwörer und Putſchiſten zu beſchönigen. Deren Treibereien ſind aber bereits heute ſchon ſoweit bekannt, daß ſelbſt ein bürgerlicher Redakteur, der einen derartigen Unſinn wiedergibt, im Ernſt nicht daran glaubt.

Jagow vor dem Reichsgericht

General Seeckt als Zeuge

Leipzig, 10. Dezember 1921.

Die heutige Verhandlung wird um 9½ Uhr eröffnet. Als Zeugen ſind u. a. erſchienen: Die früheren Miniſter Dr. Heinze und Noske, der Führer der Deutſchnationalen Hergt, Vizeadmiral v. Trotha, General von Seeckt und Generalleutnant Reinhardt. Der gleichfalls geladene Dr. Streſemann iſt bei Beginn der Verhandlung noch nicht anweſend.

Zunächſt wird General von Seeckt vernommen. Er macht über die Tage des Kapp-Putſches folgende Angaben: **Das Vorgehen Lüttwitz' ſtand mit ſeinen militäriſchen Pflichten nicht in Uebereinſtimmung.** Die Anzeichen hatten ſich aber bei mir nicht ſo verdichtet, daß man einen Beweis gegen ihn als geführt anſehen konnte. Er trat mit den Freikorps in Verbindung, um ſie vor ihrer Auflöſung zu bewahren und mit ihnen eine **ſchlagfertige Truppe zu bilden.** Wirtſchaftliche Gründe waren hier maßgebend.

Ueber die Gefährlichkeit dieſer Beſtrebungen gingen die Anſichten auseinander. **Noske hatte weitgehendes Vertrauen zu Lüttwitz.** Bei den militäriſchen Stellen war man der Anſicht, daß irgendwelche Unternehmungen wohl geplant ſeien, aber nicht zur Ausführung gebracht werden würden. Der Generalſtabsoffizier Lüttwitz, von Hammerſtein, ſagte mir, die Offiziere in **der Truppe verlören die Kontrolle und wüßten nicht, was Lüttwitz plane.** Am 9. März ging ich zu Noske, um die ſofortige Verabſchiedung Lüttwitz' zu verlangen. Ich machte ihn darauf aufmerkſam, daß Lüttwitz am nächſten Tage eine **Unterredung mit Ebert haben werde,** und bat Noske, dieſer beizuwohnen. Die Marinebrigade beſtand aus kleinen Reſten der Marine. Der Stamm waren Offiziere und Unteroffiziere, dazu kam noch eine große Anzahl Perſonen des Landheeres. In die neuzubildenden Formationen paßten die Freikorps nicht hinein.

Die 2. Marinebrigade wurde nach Döberitz gezogen, damit ſie dort aufgelöſt werde. Am 10. März fand die Unterredung Lüttwitz' mit Ebert ſtatt. Ich war nicht zugegen. Am Abend kamen die Nachrichten über die Verbindung Lüttwitz' mit Zivilperſonen. genannt wurden mit Kapp, Pabſt und Bauer. **Von unſerer Seite wurde auf die ſofortige Feſtnahme dieſer Perſonen gedrängt.** Lüttwitz ſollte zwangsweiſe entlaſſen werden. Die Ereigniſſe nahmen dann aber raſch ihren Lauf. Die Bemühungen, die Marinebrigade von Lüttwitz abzutrennen, gingen von dem Oberſten und früheren preußiſchen Kriegsminiſter Reinhard aus. Auch mit Admiral v. Trotha hatte ich Beſprechungen. Er war gegen die Unterſtellung der Marinebrigade unter Lüttwitz. **Wenn Lüttwitz den Kapitän Erhardt hatte, hatte er die Brigade; denn die Freikorps waren auf den Führer eingeſchworen.**

Im Laufe des 12. März kamen verſchiedene Meldungen über die Haltung der Brigade Erhardt. Gegen Mitternacht ging ich zum Miniſter Noske, dort waren anweſend der Oberſt Reinhard, der General von Oven, der Adjutant des Miniſters, Herr Rauſcher, u. a. m. Etwas ſpäter kam Oberſt von Oldershauſen. Er brachte uns genaue Meldungen, daß wir mit militäriſchen Angriffen in den nächſten Stunden zu rechnen hätten. Der Schutz des Regierungsviertels war dem Regiment des Oberſten v. Tayſſen anvertraut.

* * *

Das Reichswehrminiſterium teilt mit, daß es erſt aus dem Kappiſtenprozeß davon Kenntnis erhalten habe, daß der ſoeben zum Korvettenkapitän beförderte Herr von Trotha, der frühere Adjutant Ehrhardts, am Kapp-Putſch beteiligt geweſen ſei. Der Reichswehrminiſter habe daraufhin das Reichsgericht um Einſicht in die Akten gebeten. — Na, wenn das noch nichts iſt!

Deutſcher Dampfer bei Sylt geſtrandet. In der Nähe des Sylter Badeſtrandes iſt der 1800 Tonnen große deutſche Dampfer „Eliſabeth Cords", mit Kohlen von England nach Roſtock unterwegs, im Nebel geſtrandet. Der Dampfer gilt als verloren. Die aus 14 Mann beſtehende Beſatzung konnte gerettet werden.

Erdbeben in Japan. Aus Waſhington wird gemeldet: Die japaniſche Botſchaft hat Berichte erhalten, wonach Tokio von einem Erdbeben heimgeſucht wurde, wie es in ſolcher Stärke ſeit zwanzig Jahren nicht vorgekommen iſt. Eine Anzahl Perſonen wurde verletzt und zahlreiche Häuſer beſchädigt.

Neue Tagung des Völkerbundsrates. Der gegenwärtig amtierende Präſident des Völkerbundsrats Hymans hat den Rat auf den 10. Januar nach Genf zu ſeiner 16. Tagung einberufen. Auf der Tagesordnung ſtehen eine Reihe intereſſanter politiſcher Angelegenheiten, darunter verſchiedene die Freie Stadt Danzig betreffende Fragen, wie das Polniſch-Danziger Abkommen vom 24. Oktober. Auch die Saarfrage wird einen beträchtlichen Raum in den Verhandlungen einnehmen.

Zu ſpät

Skizze von O. Heidrich

Ein heißer Sommertag ging zur Neige. Wir hatten den ganzen Tag im glühenden Sonnenbrand auf einem Neubau gefrondet und gingen nun müde und abgeſpannt unſerer Wohnſtätte zu. Mein Kollege, mit dem ich abends des öfteren zuſammen den Heimweg antrat, gehörte zu jener Sorte Menſchen, die weder durch ſchlechte Erfahrungen noch durch Vernunftgründe zu belehren ſind. Er hatte die Eigenſchaft, bei der Arbeit immer der erſte ſein zu wollen, um ja zu zeigen, was er konnte, er fungierte daher faſt immer als freiwilliger Antreiber zum Gaudium der Unternehmer. Solidaritätsgefühl war ihm noch fremd. — Er hatte deshalb ſchon öfters Auseinanderſetzungen mit ſeinen Kollegen, doch half es wenig. Auch ich hatte ihm ſchon öfters meine Meinung geſagt, doch er war abgebrüht. Brachte es der Zufall mit ſich, daß wir wieder eine Arbeitsſtelle zuſammen hatten, ſo war er der erſte, der wieder Unterhaltung und Anſchluß ſuchte. — Auch heute machte ich ihm wieder Vorhaltung über ſein unſolidariſches Verhalten, mit dem Erfolg, daß er mir erwiderte, es wäre doch ganz ſchön, wenn er vom Polier hin und wieder eine Zigarre erhielt für ſeine Tüchtigkeit. — Aergerlich über ſein Verhalten verabſchiedete ich mich durch einen kurzen Gruß, ich war zu Hauſe angelangt. —

Der andere Morgen war drückend ſchwül. Zum Frühſtück waren wir ſchon durchgeſchwitzt. Wir arbeiteten an der Vorderfront und waren bis zu den Fenſterbogen mit unſerer Arbeit fertig. Es ging zum Wölben der Bogen. Auch Kollege K. war in unſere Kolonne hineingeraten. Er wollte auch hier wieder zeigen, was er konnte, um nur ja als Erſter fertig zu ſein mit der Arbeit. Sein Nebenmann machte ihn noch aufmerkſam, daß er das Brett an der Fußrüſtung beſſer auflegen ſollte. K. tat dies, doch ſah er nur oberflächlich hin und machte noch obendrein eine unſchöne Bemerkung über den warnenden Kollegen. Wir arbeiteten eine ganze Weile, ein jeder, ſoviel er konnte, denn keiner wollte zu weit zurückbleiben. Der eine legte mehr Wert auf die Qualität der Arbeit, aber alle in dem Beſtreben, dem Unternehmer keine Gelegenheit zu geben, ihn aufs Straßenpflaſter zu ſetzen, denn die Arbeitsloſigkeit war groß. — Karl zog vor, wie es eben ſeine Art war. Plötzlich ein Schrei und Gepolter aus der Richtung, wo K. arbeitete. — Ein Blick überzeugte mich, daß K. anſcheinend infolge ſeiner Ueberſtürzung mit dem Brett gekippt und ſamt dem Fenſterſturz zum Fenſter hinausgeſtürzt war. Wir gingen ſchnell hinunter und fanden ihn blutend auf einem Schutthaufen liegen; wir trugen ihn nach der Bude, trotz aller Sünden, die er begangen, tat er uns leid. Als er in den Krankenwagen gehoben wurde, ſchaute er uns an, ohne ein Wort zu ſagen; doch etwas wie Dankbarkeit für unſere Bemühung, ihm möglichſt wenig Schmerzen zu machen, lag in ſeinen Zügen. — Faſt ein halbes Jahr brachte K. im Krankenhaus zu. Außer Verſtauchungen hatte er einen Knacks wegbehalten, den die Aerzte nicht recht fanden und beſſern konnten. K. blieb ſchwach und hinfällig, doch notdürftig geheilt wurde er entlaſſen. Nach einer kurzen Schonzeit wurde er arbeitsfähig geſchrieben. Bei gelegentlichen Beſuchen erklärte er mir, daß er unter das Vergangene einen Strich gezogen habe. Er hatte die Erkenntnis ſchwer bezahlt. — Bald darauf fing der Polier, bei dem K. den Unfall erlitten hatte, einen neuen Bau an. K. fing bei ihm an, er wollte es verſuchen, die Not zwang ihn dazu. Doch K. war fertig, trotz größter Anſtrengung konnte er nicht mehr ein Drittel deſſen leiſten wie früher.— Die Arbeit war zur Qual für ihn geworden, die Glieder verſagten. — Der Polier gab ihm leichtere Arbeit, aber bald paßte das dem Unternehmer nicht mehr. Als ſich eine Gelegenheit bot, wurde er mit entlaſſen, mit dem Bemerken, ſich erneut an die Unfallverſicherung zu wenden; außerdem wurde ihm noch eine Arbeitsſtelle empfohlen, wo leichtere Arbeit ſei.

Einige Wochen ſpäter traf ich K., er war auch arbeitslos wie ich. Er mußte „ausſetzen", d. h. man hatte ihn auf ſeine Art aufs Pflaſter geſetzt. — Es ſah traurig mit ihm aus. Er und ſeine Familie waren durch die Krankheit und die Arbeitsloſigkeit ſehr heruntergekommen. Betreffs der Unfallverſicherung ſchwebten Erwägungen, wie lange die noch dauern würden, war nicht vorauszuſehen.

Bitter bereute jetzt K., daß er in früheren Jahren ſo mit ſeiner Geſundheit gewirtſchaftet hatte. Er merkte jetzt, wie er von den Unternehmern für ſeine Schinderei und für die freiwilligen Antreiberdienſte belohnt wurde. Keiner wollte ihn haben, da er verbraucht war. Keiner kümmerte ſich um ihn. Hatte er Arbeit gefunden, ſo wurde er immer bald wieder abgeſchoben, denn keiner wollte verbrauchte Menſchen haben. — Kapital kennt kein Erbarmen. — Bald merkte ich, daß er ſich auch noch das Trinken angewöhnt hatte, ich ſtellte ihn darüber zur Rede. Er erklärte, daß er unbedingt hin und wieder ſeinen Aerger vergeſſen müſſe, und dazu verhelfe ihm der Alkohol. Alles Abreden half nichts, trotzdem verſprach er alles Gute beim Auseinandergehen. — Bald darauf verzog er, ich verlor ihn aus den Augen. Er hatte die Wohnung aufgegeben, Frau und Kinder waren zu den Eltern gefahren, da ſie die Not nicht mehr aushielten. — K. konnte ich nicht finden. — Einige Jahre ſpäter hatte ich eines Abends am Schöneberger Ufer zu tun, ich ſah dort einen in Lumpen gehüllten Menſchen auf der Bank hocken, da mir die Geſichtszüge bekannt vorkamen, ging ich näher und erkannte zu meinem Entſetzen — K. — Ich rüttelte ihn, er ſtierte mich an, doch ſchien er mich nicht zu erkennen. Einige in der Nähe ſitzende alte Frauen erklärten mir, daß der Penner dort ſchon bekannt ſei und des öfteren Krampfanfälle hätte. — Ehe ich K. ſoweit brachte, daß er mich erkannte, ging es auch ſchon los, er fing an zu zittern, die Krämpfe waren da. — Mit Mühe gelang es mir, zu veranlaſſen, daß K. nach dem Krankenhaus gebracht wurde. — Als ich ihn am nächſten Sonntag im Krankenhaus beſuchen wollte, wurde mir mitgeteilt, daß der wohnungsloſe K. tot ſei. Ein inneres Leiden und Entkräftigung hatten ſeinem Leben ein Ende gemacht. — Zu ſpät hatte er das einzige Kapital eines Proletariers, die Arbeitskraft und die Geſundheit, zu ſchätzen angefangen, und der Dämon Alkohol hatte ihm den Reſt gegeben.

Karl Kraus lieſt. Unſern Leſern iſt Karl Kraus nicht ganz ſo unbekannt wie denen anderer Blätter, die ihn ſeit 25 Jahren totſchweigen. Aber die paar Proben ſeines Wirkens, die wir ihnen vorgeſetzt haben, reichen nicht aus, ihnen Karl Kraus zu einem der ſtärkſten Erlebniſſe zu machen. Um das zu bewirken, werden wir uns demnächſt ausführlicher, als es bei der Beſprechung einer Vorleſung möglich iſt, mit ihm beſchäftigen und zu einem Studium ſeiner Schriften anregen.

Er las am Donnerstag u. a. ſeinen Aufſatz: „Monarchie und Republik". Da unterſucht er die ſeltſame Tatſache, daß erlauchte Geiſter der Vergangenheit, „die ins Höchſte geſtrebt haben, vor dem, was doch nur das Allerhöchſte iſt", in die Knie ſinken konnten. Er zerpflückt Schopenhauers Lobgeſänge auf die Monarchie, und danach müßte jedem Monarchiſten endgültig die Luſt vergehen, ſich zur Rechtfertigung der Monarchie auf Schopenhauer zu berufen, wenn — ja wenn von einem Monarchiſten Einſicht zu erwarten wäre! Schopenhauer erklärt, auch der tieriſche Organismus ſei monarchiſch, denn da regiere nicht Herz, Lunge und Magen, ſondern das Gehirn allein, aber eben damit iſt doch, nach Kraus, bewieſen, „daß der tieriſche Organismus anders regiert wird als die Monarchie". Wenn für Schopenhauer die Monarchie etwas Natürliches iſt, weil auch die Bienen und Ameiſen, die wandernden Elephanten, die zu Raubzügen vereinigten Wölfe Einen an die Spitze ihrer Unternehmung ſtellen, ſo findet Kraus den Hinweis auf die zu Raubzügen vereinigten Wölfe zwar „plauſibel", aber das hindert ihn nicht, für möglich zu halten, „daß die wandernden Elephanten einen Präſidenten haben". Die Bienen ſtellen das „vollkommenſte" Weibchen an ihre Spitze, und gewiß iſt die Anerkennung ſeiner „Vollkommenheit" nicht bloß „ein vom Byzantinismus der Bienen bezogenes Kompliment", ſondern die Feſtſtellung, daß die Führerin wirklich vollkommen iſt. Daß dieſe nicht Präſidentin, ſondern Königin iſt, ließe ſich höchſtens daraus ſchließen, daß ſie „von Drohnen umſchwärmt wird". Aber immerhin „erwählt" man ſie, ebenſo wie auch die Ameiſen das beſte, ſtärkſte, größte Exemplar zu ihrem Führer auserſehen. „Gewiß werden die Kamele das größte Kamel an die Spitze ihrer Unternehmung ſtellen. Aber damit haben ſie doch noch lange nichts für die monarchiſche Staatsform bewieſen." Auch dann nicht, als ein Kamel dem Vorleſer bei dieſem Satz ein Pfui zurief und den Bann, in dem Kraus ſeine andächtige Zuhörerſchaft hält, abzuſchwächen verſuchte. Nach Hinauskomplimentierung des Kamels war der Kontakt wiederhergeſtellt, und Kraus las dann einige Szenen aus ſeinen

Die Kohlennot

Aus dem Preußiſchen Landtag

Der preußiſche Landtag hielt geſtern wiederum eine Nachtſitzung ab, die gegen 10 Uhr abends geſchloſſen wurde. Im Mittelpunkt der Beratungen ſtand der Bergetat, über den ſchon in der Nachmittagsſitzung geſprochen wurde. Wir haben gegenwärtig angeblich wieder eine Kohlennot, die ſchon zu verſchiedenen Verkehrseinſchränkungen geführt haben ſoll. Da war es nun intereſſant, aus dem Munde des rechtsſozialiſtiſchen Bergarbeiterführers Hué zu erfahren, daß eine wirkliche Kohlennot nicht beſtehe. Auch der Vertreter unſerer Fraktion, Genoſſe Otter, wies ſehr nachdrücklich darauf hin, daß die Klagen über den Kohlenmangel durchaus nicht am Platze ſind. Im Ruhrgebiet lagern gegenwärtig nicht weniger als 800 000 Tonnen Kohlen auf den Halden. Es beſteht der dringende Verdacht, daß die Kohlenbarone nur einen Vorwand ſchaffen wollen, um die Bergarbeiter erneut zur Ueberſtundenarbeit zu zwingen, um auf dieſe Weiſe ihre ohnehin ſchon rieſenhaften Gewinne noch mehr in die Höhe treiben und die Lage der Bergarbeiter noch weiter verſchlechtern zu können.

Von einer angeblichen Faulheit der Arbeiter wagt heute kein bürgerlicher Abgeordneter mehr zu reden, wohl aber hetzt die „Deutſche Bergwerkszeitung" in einer geradezu niederträchtigen Weiſe gegen die Arbeiter. Ihr ganzer Haß gilt insbeſondere den Tarifverträgen. Die Unternehmer wollen eben unter allen Umſtänden die Ausbeutung der Arbeitskraft wieder ſo rückſichtslos betreiben wie vor dem Kriege. Den Herrſchaften wurde aber im Landtag ſehr deutlich geſagt, daß ſie auf Granit beißen werden, wenn ſie es durchaus darauf angelegt haben ſollten, die Arbeiter zu provozieren. Die Hauptſchuld an dem Rückgang der Kohlenproduktion trägt die ſchlechte Einrichtung der Werke. Das wurde auch geſtern im Landtag wieder mit allem Nachdruck hervorgehoben. Die Neuanſchaffung von Betriebseinrichtungen und die moderne Ausgeſtaltung der Betriebe koſtet aber Geld. Obwohl das den Bergherren in genügender Menge zur Verfügung ſteht, unternehmen ſie nichts zur modernen Ausgeſtaltung der Betriebe. Die Ausbeutung der Arbeitskraft iſt für ſie eben gewinnbringender, und gerade deshalb wird jetzt der Kohlenmangel in den Vordergrund geſchoben, um den Druck auf die Arbeiterſchaft verſtärken zu können.

Gegen dieſe üblen Machenſchaften muß die Regierung mit allen Mitteln einſchreiten. Leider kommt ſie den Bergherren viel zu weit entgegen. Auch aus der Rede des Miniſters Siering, der geſtern noch einmal das Wort ergriff, war nicht zu entnehmen, daß die Regierung gewillt iſt, die Machenſchaften der Unternehmer zu durchkreuzen. Dagegen wies der rechtsſozialiſtiſche Abgeordnete Huſemann, ebenfalls ein Bergarbeiterführer, noch einmal darauf hin, daß von einem Kohlenmangel nicht geſprochen werden kann. Wohl aber beſtehe ein Wagenmangel, ſo daß die geförderten Kohlen zum großen Teil nicht abtransportiert werden können und Feierſchichten eingelegt werden müſſen.

Die Beratungen über den Bergetat werden heute zu Ende geführt werden. Es kann mit Sicherheit geſagt werden, daß die Etatsberatungen vor Weihnachten zum Abſchluß kommen. Die Aenderung der Geſchäftsordnung, die letzthin beſchloſſen wurde, ſieht neben anderem auch vor, daß Abgeordneten, die vom Präſidenten wegen unparlamentariſchen Verhaltens von den Sitzungen ausgeſchloſſen werden, die Diäten für die Tage des Ausſchluſſes zu entziehen ſind. Dadurch wird nunmehr auch eine Aenderung des Diätengeſetzes notwendig, die ebenfalls noch vor den Weihnachtsferien erledigt werden ſoll.

Niederſchönenfeld

Der Reichstagsausſchuß verzichtet

Der Reichstagsausſchuß zur Unterſuchung der Zuſtände in den Strafanſtalten hatte geſtern eine Beſprechung über die geplante Beſichtigung der Feſtungsanſtalt Niederſchönenfeld in Bayern. Von bürgerlicher Seite wurden Bedenken gegen den Beſuch erhoben. Der demokratiſche Abgeordnete Brodauf behauptete, eine Beſichtigung der Strafanſtalten der Einzelländer durch einen Reichstagsausſchuß ließe ſich aus der Verfaſſung des Reiches nicht ableiten. Der Ausſchuß könne lediglich die Reichsregierung erſuchen, ob ſie in einem konkreten Falle das Aufſichtsrecht ausüben wolle. Die Vorausſetzung für einen Beſuch der Strafanſtalt Niederſchönenfeld ſei dann die Zuſtimmung der bayeriſchen Regierung, die vielleicht von ihr erteilt werden könne, um falſche Behauptungen über die Behandlung politiſcher Gefangener zu widerlegen.

Genoſſe Roſenfeld bedauerte, daß jetzt ein neuer Verſuch gemacht werde, die Beſichtigung der Feſtungsanſtalt Niederſchönenfeld zu hintertreiben. Der Ausſchuß ſei ohne Zweifel juriſtiſch zu einem ſolchen Beſuch berechtigt. Artikel 34 der Reichsverfaſſung, der die Einſetzung von Unterſuchungsausſchüſſen ermöglicht, ziehe hinſichtlich der Einzelländer keinerlei Grenzen, der Unterſuchungsausſchuß könne daher im ganzen Reiche Unterſuchungen anſtellen und bisher gehöre doch auch Bayern noch zum Reiche. Wenn Bayern ein gutes Gewiſſen habe, müſſe es die Tore der Feſtungsanſtalt Niederſchönenfeld weit öffnen. Die Weigerung der bayeriſchen Regierung, dem Ausſchuß die Beſichtigung zu geſtatten, laufe auf einen Bruch der Verfaſſung hinaus.

Der bayeriſche Geſandte von Preger erklärte, ſeine Regierung halte eine Kontrolle der bayeriſchen Strafanſtalten durch einen Reichstagsausſchuß für unzuläſſig. Sie werde einen derartigen Eingriff in ihre Rechte (!!) nicht dulden. Der Ausſchuß beſchloß darauf, von dem Beſuch der Strafanſtalt mit Rückſicht auf die ſtrittige Rechtslage Abſtand zu nehmen. Die bayeriſchen Feſtungsgefangenen können alſo, dem Wunſche der bayeriſchen Reaktion gemäß, auch weiterhin gequält werden. Die Wahrheit ſoll nicht ans Tageslicht kommen. Das iſt der Sinn des Verhaltens der bayeriſchen Regierung und der Reichstagsausſchuß hat ſich geduckt aus Furcht vor Bayern.

Die Aufſtandsſchäden in Oberſchleſien

Die Interalliierte Kommiſſion hat eine Verordnung erlaſſen, daß die Schäden aus dem polniſchen Aufſtande im Mai und Juni **bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisausſchüſſen ſchriftlich anzumelden ſind.** In jedem Kreiſe wird ein ſolcher Ausſchuß zur Feſtſtellung der durch die Aufſtandsbewegung verurſachten Schäden fungieren. Ferner wird ein Zentralausſchuß für das ganze Gebiet Oberſchleſien eingeſetzt. Der Sitz dieſes Zentralausſchuſſes wird Oppeln ſein. Die Kreisausſchüſſe haben ihren Sitz in den Hauptorten der Kreiſe mit Zuſtändigkeit für das ganze Kreisgebiet. Jeder Geſchädigte kann gegen die Entſcheidung des Kreisausſchuſſes beim Zentralausſchuß Berufung einlegen und zwar innerhalb 10 Tagen nach Empfang des Schreibens, mit welchem ihm die Entſcheidung des Kreisausſchuſſes zugeht. Die Perſonen- und Sachſchäden müſſen in der Zeit zwiſchen dem 2. Mai 1921 und dem 3. Juli einſchließlich entſtanden ſein und eine unmittelbare Folge der Aufſtandsbewegung oder der durch letztere hervorgerufenen Handlungen ſein.

Ein Anſchlag auf die Arbeiterklaſſe

Ausſperrung der Arbeiter in der Kommune

Ein erheblicher Teil Verwaltungsarbeit wird in den Kommunen von ehrenamtlich tätigen Einwohnern geleiſtet. Die Arbeiterſchaft hat nicht den kleinſten Prozentſatz hierzu geſtellt. Es war aber in allen Gemeinden ſelbſtverſtändlich, daß die einzelnen Sitzungen der Kommiſſionen, Deputationen und Ausſchüſſe in den Abendſtunden abgehalten wurden. In letzter Zeit häufen ſich die Fälle, wo von Organen der Regierung auf eine ſyſtematiſche Ausſchaltung der arbeitenden Bevölkerung aus dem Kommunaldienſt hingearbeitet wird.

Wir wollen heute nur auf zwei Fälle aufmerkſam machen. Vor uns liegt folgendes Schreiben:

Finanzamt Nord, Abteilung Ia
Berlin-Pankow, den 26. 11. 21.

Für Montag, den 5. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr, habe ich gemäß § 25. Abgabenordnung, eine Sitzung der Steuerausſchüſſe in meinen Geſchäftsräumen Berlin-Pankow, Breite Straße 32, anberaumt, zu der Sie hiermit ergebenſt eingeladen werden. Sollte ein Tag zur Erledigung der Geſchäfte nicht ausreichen, würde die Sitzung am nächſten Tage fortgeſetzt werden.

Wenn Sie behindert ſein ſollten an der Sitzung teilzunehmen, wird umgehend Mitteilung erbeten, damit noch ein Stellvertreter einberufen werden kann. Als Entſchädigung für den Aufwand werden die notwendigen Fahrtkoſten vergütet und für Zeitverluſt eine Entſchädigung von 15 M. für jede Sitzung gewährt.

X., Oberregierungsrat.

Hat der Herr Oberregierungsrat ſich die Frage vorgelegt, was es für einen Arbeiter bedeutet, einen Lohnausfall von einem oder wahrſcheinlich gar zwei Tagen in der Woche zu haben? Weshalb werden dieſe Sitzungen nicht, wie bisher, in die Abendſtunden verlegt, damit nicht diejenigen, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung ſtellen, durch Lohnausfall für ihre freiwillige Tätigkeit beſtraft werden?

Ferner: Durch das rapide Steigen aller Gebrauchsgegenſtände waren Reich und Staat, die Gemeinden ſowie alle Arbeitgeber gezwungen, Lohn und Gehalt der Beamten, Arbeiter und Angeſtellten zu erhöhen. Zur ſelben Zeit geht die Regierung dazu über, die Entſchädigung der unbeſoldeten Stadträte, ſowie der Bezirksverordnetenvorſteher zu kürzen, indem die Monatsentſchädigung in Wochenentſchädigung umgewandelt wird. Auch der Urlaub ſoll nicht mehr bezahlt werden. Es ſollen für unbeſoldete Stadträte des Magiſtrats 200 M., für Bezirksſtadträte 150 M. und für den Bezirksverordnetenvorſteher 100 M. wöchentlich entſchädigt werden. Wenn man hierbei bedenkt, daß Sitzungsgelder oder andere Vergütigungen nicht gezahlt werden und wöchentlich mindeſtens zwei Arbeitstage ſelbſt in der kleinſten Gemeinde verſäumt werden, der Arbeitgeber aber zu deren Bezahlung nicht gezwungen werden kann, ſo kommt man zu der Ueberzeugung, daß die bewußte Abſicht vorliegt, durch dergleichen Manöver die arbeitende Bevölkerung auszuſchalten. Dieſer Anſchlag auf die Arbeiterklaſſe muß energiſch abgewehrt werden!

Milchwucher

Markenmilch — ein Liter für ſechs Mark

Von einem Leſer wird uns mitgeteilt, daß die Molkerei Titzmann, Höchſteſtraße 13, für einen Liter Milch auf die ſtädtiſche Milchkarte den wucheriſchen Preis von ſechs Mark pro Liter nimmt. Von Käufern auf das Strafbare dieſer Handlungsweiſe aufmerkſam gemacht, erklärt: der Beſitzer, Magiſtrat, Milchamt und Wucherpolizei kümmerten ihn nichts.

Es iſt inzwiſchen Anzeige erſtattet worden; die Polizei, die angeblich für die Bekämpfung des Wuchers beſonders unterrichtet und auf deren Bedeutung hingewieſen worden ſein ſoll, lehnte ein Einſchreiten ab, wenn ſie nicht dazu vom Milchamt beauftragt würde. Wir ſind der Anſicht, daß man dieſen Polizeibeamten ordentlich Beine machen ſollte. Die Schupo iſt nicht dazu da, zur Verzweiflung getriebene Arbeits- und Obdachloſe wie das Vieh auf Laſtautos zu verladen, ſondern die Selbſthilfe gegen den Wucher durch rechtzeitiges Einſchreiten auf erfolgte Anzeigen zu verhüten. Dieſe Aufgabe erfüllen die Polizeibeamten aber nicht, wenn ſie ſich auf den Amtsſchimmel ſetzen und der Ausplünderung der verſorgungsberechtigten Bevölkerung tatenlos zuſehen.

Geflügel- und Kaninchen-Ausſtellung

In der Wolleger-Halle des Magerviehhofes in Berlin-Friedrichsfelde findet jetzt eine von den Provinzialverbänden für Geflügel- und Kaninchenzucht veranſtaltete Geflügel- und Kaninchenausſtellung mit Unterſtützung der Landwirtſchaftskammer ſtatt. Die Ausſtellung — die erſte ſeit 1919! — iſt vom 9. bis 11. Dezember für Beſucher geöffnet. Mit welcher Tatkraft die Kleintierzüchter die wirtſchaftlichen Schwierigkeiten gemeiſtert haben, beweiſt am beſten die Beſchickung der Ausſtellung mit etwa 3200 Stück Geflügel und 2300 Kaninchen. Ein Beſuch iſt für jeden Laien, Kleintierzüchter und Liebhaber unbedingt lohnend. Alle Raſſen und Spielarten von Hühnern, Enten, Gänſen, Puten und Kaninchen ſind in wahren Prachtexemplaren zu ſehen. Der Kleintierausſtellung iſt eine Ausſtellung von für die Kleintierzucht gebräuchlichen Geräten und Futtermitteln angeſchloſſen. An einem beſonderen Stande kann man Pelzwerk aus Kaninchenfellen und Stoffe aus Kaninchenhaaren bewundern. Der Großſtädter wird durch die Ausſtellung einſehen lernen, daß von einer geſteigerten Kleintierzucht ſehr wohl eine beſſere Verſorgung mit Lebensmitteln und Kleidungsſtücken zu erwarten iſt. Dem Kleintierzüchter iſt durch Erwerb guter Raſſetiere, die Möglichkeit einer Blutauffriſchung ſeiner Zucht geboten. Mancher Ausſtellungsbeſucher wird zuerſt aus Liebhaberei- oder als Beſchäftigung für ſeine Kinder, die Sache ſelbſt einmal verſuchen, um wohl ſehr bald paſſionierter Kleintierzüchter zu werden.

Die Autos des Prinzen Friedrich Leopold

Unterſchlagenes Heeresgut

Vor dem Potsdamer Schöffengericht mußte ſich geſtern der frühere Hofmarſchall des Prinzen Friedrich Leopold, Oberſtleutnant Freiherr v. Maltzahn, wegen Nichtablieferung von Heeresgut verantworten. Bei Ausbruch des Krieges war Prinz Friedrich Leopold mit großem Gefolge und fünf Privatautomobilen an die belgiſche Front gerückt. Die Autos des Prinzen waren alle ſchwarz lackiert und blau abgetönt, aber ſonſt waren die Autos ihrer Farbe wegen nicht dienſtfähig. Der Prinz wandte ſich an einen Frontoffizier und verlangte für ſich zwei feldgraue Kraftwagen. Der Wunſch wurde ſofort erfüllt, und der Prinz benutzte dieſe Kraftwagen während der Dauer des Krieges. Anfang 1919 kam der Erlaß über die Ablieferung des geſamten Heeresgutes. Der Prinz kümmerte ſich nicht im geringſten darum, und die beiden Autos waren auf ſeinem Schloßbeſitz in Klein-Glienicke untergebracht. Er benutzte dieſelben zu ſeinem Privatgebrauch. Schließlich wurde eine Klage eingereicht, aber der Prinz reiſte nach der Schweiz, und der frühere Hofmarſchall und jetzige Angeklagte Maltzahn mußte ſich jetzt vor Gericht verantworten. Der Angeklagte beſtritt jede Schuld, denn Prinz Leopold duldete keine Einmiſchung in Autoangelegenheiten. Sämtliche früheren Chauffeure beſtätigen als Zeugen die Ausſage des Angeklagten, worauf das Gericht zu einer Freiſprechung des Angeklagten kam, da nur der Prinz als alleinſchuldiger Teil anzuſehen iſt. Nun wird die Klage dem Prinzen zugeſtellt werden müſſen.

Einer von der alten Garde iſt der Genoſſe Max Quappe, Wolliner Straße 24, der am morgigen Sonntag ſeinen ſiebzigſten Geburtstag feiert. Seit vollen 35 Jahren politiſch organiſiert, war Genoſſe Quappe ſchon unter dem Sozialiſtengeſetz als Gruppenführer, ſpäter nicht weniger als 18 Jahre als Bezirksführer tätig. Bei der Spaltung von 1916 ſchloß er ſich der U. S. P. an und wirkte ſeitdem für die Ziele des Sozialismus im Rahmen unſerer Partei. Der 7. Diſtrikt, dem er angehört, kann auf dieſen Genoſſen ſtolz ſein! Wir wünſchen ihm noch viele glückliche Jahre in unſerer Mitte.

Am „goldenen" Sonntag werden die Ladengeſchäfte in Groß-Berlin in der üblichen Weiſe, alſo nachmittags von 1—6 Uhr, geöffnet ſein. (Im Regierungsbezirk Potsdam, zu dem Groß-Berlin bekanntlich nicht gehört, iſt das Offenhalten der Geſchäfte an den Sonntagen vor Weihnachten verboten worden.)

Der Raubmord in der Wielandſtraße hat jetzt durch Verhaftung der Täter ſeine Aufklärung gefunden. Sie hat in Dresden ſtattgefunden, wohin die beiden Täter ſich nach Verübung des Verbrechens begeben hatten. Es handelt ſich um zwei Stammgäſte des „Café Dalles" in der Schönhauſer Allee, die ſchon oft mit der Kriminalpolizei zu tun hatten.

Vorausſichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Etwas wärmer, überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und mäßigen ſüdweſtlichen Winden.

„Letzten Tagen der Menſchheit". Die weiteren Vorleſungen finden am 11., 14. und 17. Dezember in der Berliner Sezeſſion ſtatt.

Doſio Koffler

Ein franzöſiſches Werk über Goethe. Heinrich Lichtenberger, der geiſtreiche Vertreter des Deutſchen an der Pariſer Univerſität, veröffentlicht ſoeben eine Arbeit über die Weisheit Goethes, eine Studie, die zuſammen mit den Aufſätzen von Gabriel Séailles, Frankreichs bedeutendſtem Philoſophen, in der „Ere nouvelle" ein Oelblatt des Friedens bildet, das Pariſer Gelehrtentum den Feinden von geſtern zuſendet.

Ohne Zweifel hat uns der Krieg mit den entſetzlichen Folgen, die er gezeitigt hat, vor gewaltige konkrete und praktiſche Aufgaben geſtellt, die ſchnelle Löſung heiſchen und unſere Aufmerkſamkeit gebieteriſch in Beſchlag nehmen. Aber wir haben nicht nur in das Chaos Ordnung zu bringen, das der Krieg und ſeine Verwüſtungen geſchaffen haben; es iſt von nicht geringerer Bedeutung, daß wir uns aus dem moraliſchen Wirrwarr retten, in den die Kriſe, die wir durchſchreiten, Europas Menſchheit geſtürzt hat. Darum werden ſich, ohne Unterſchied von Nation und Raſſe, zu Goethe, als zu ihrem Meiſter, alle die wenden, die da meinen, daß unter den Problemen der gegenwärtigen Stunde eins der wichtigſten die Wiedergeburt einer Ideologie ſei, die dem Sehnen des Zeitgeiſtes eine genaue Richtlinie vorzuzeichnen vermag. Die Weisheit Goethes gehört zu den koſtbarſten Schätzen unſerer abendländiſchen Kultur und kann ein wichtiges Element beim Wiederaufbau europäiſcher Werte ausmachen, ein Werk, an dem mitzuarbeiten ſich alle Wohlgeſinnten mühen ſollten! — Es iſt das ein hoffnungsfreudigeres Wort als Anzahlung für zukünftiges Verſtehen der Geiſter als das, das vor Jahresfriſt noch ein anderer ſeiner Freunde von der Sorbonne mit geſchrieben, daß der Krieg einen ſolchen Graben des Haſſes gehöhlt habe, daß, ihn zu ebnen, hundert Jahre nicht genügen möchten.

Et in terra pax — hominibus bonae voluntatis. „Und Friede auf Erden — waltet in der Menſchheit guter Wille."

Schon ſind Männer, wie der edle Ferdinand Buiſſon, der ehemalige Unterrichtsminiſter, der Pariſer Abgeordnete und Präſident der Liga der Menſchenrechte, wie der mutige Gabriel Séailles, deſſen Beſitztum gleichwohl die Deutſchen völlig zerſtört haben, wie Heinrich Lichtenberger, der gründliche Kenner Deutſchlands, am Werk, den Graben zuzuſchütten. Möge auch unſererſeits der gute Wille nicht fehlen, für die Geſte von drüben volles Verſtändnis zu haben!

Hans Flemming (Reinickendorf-Weſt)

„Prinzeſſin Huſchewind" (Großes Schauſpielhaus). Ein recht hübſch arrangiertes Märchen von Fritz Peter Buch, das unter dem mächtigen Kuppelraum mit den glitzernden Sternen und in all der Weite und Dunkelheit, wo für Kinder alles ſchon an ſich wie ein Zauber ſich ausnimmt, prächtig wirkte. „Mutter Sonne", „Jungfer Birke" und ähnlichen Unſinn mehr hätte ſich ſchon der Dichter ſchenken können, und für mehr Spannung hätte ebenfalls geſorgt werden dürfen. Aber die Fülle des Gebotenen, aus der ich das hübſche Bild mit der Mühle heraushebe und den ſehr bös hergerichteten Himmel tadle, war für die unzählige Jugend eine unvergeßliche Wonne. Wie da tauſende Kinderkehlen jubelten, das erweckte frohere Gedanken für eine beſſere und reichere Zukunft. Namen von Darſtellern zu nennen, lohnt es kaum, da die meiſten von den vielen Mitwirkenden gut-kinderbuchartig ſpielten. Die Regie Ludwig Zubelſkys brachte alles hübſch übertrieben und in großen Linien zur Geltung. Recht gut, ja am beſten von allem, war die Muſik von Fritz Müller-Prem, die augenfällige Motive verwendete und mit den tiefen Bläſern ſehr wirkſam und humoriſtiſch operierte. Man ſollte dieſes Märchen einige Nachmittage für die Volksſchulen geben. A. N.

Ich wußte nicht, Herr Ludendorff ... Wir leſen in der „Weltbühne": In der Wilden Bühne telephoniert Wilhelm Bendow jeden Abend mit Klante — eine der witzigſten Nummern der politiſchen Satire, die in Berlin je da waren. Und dabei ſagt er: „Ja, in München war ich auch. Ja. Gewiß. Mit Ludendorff habe ich auch geſprochen. Sogar ſehr lange. Ja. Er war ſehr nett zu mir. Wiſſen Sie, was er zu mir geſagt hat? Er hat geſagt: ‚Die Juden ſind ſchuld, daß wir den Krieg verloren haben.' Ja. Da habe ich geſagt: ‚Herr Ludendorff, ich wußte gar nicht, daß Sie Jude ſind ...!'"

Tages-Notizen

Erſtaufführungen. Moskauer Künſtler-Theater in der Königgrätzer Straße: 12. An des Reiches Pforten. 19. Die Brüder Karamaſow. — Deutſches Theater: 13. Ein Traumſpiel. — Schiller-Theater: 15. Ein Wintermärchen. — Staatl. Schauſpielhaus: 16. Leonce und Lena. Der Diener zweier Herren. — Trianon-Theater: 16. Frau Gittas Sühne. — Großes Schauſpielhaus: 17. Dantons Tod. — Neues Volks-Theater: 17. Die Gezierten. Der zerbrochene Krug. — Tribüne: 18., vorm., Marzelle.

Veranſtaltungen der Bildungsdeputation Lichtenberg. Sonntag, vorm. 11 Uhr, Cäcilienlyzeum, Rathausſtr. 2, Schulkunſtausſtellung: 30 Arbeiten von Arthur Schlubeck, geöffnet täglich von 2—4, Eintritt frei. — Montag in Friedrichsfelde, Kantrealgymnaſium, Treskow-Allee, 8 Uhr, ein Joſef Plaut-Abend, Karten 3 M. — Donnerstag, 8 Uhr, Heſſing-Quartett, Reform-Realgymnaſium an der Parkaue. Werke von Haydn, Mozart, Beethoven. Karten 3 M.

Volksbildungsamt Neukölln. Sonntag, 3½ Uhr, im „Luſtſpieltheater am Kurfürſtendamm" „Bunbury" von Oscar Wilde. Karten zum Einheitspreis von 8 M. — Ueber dieſe Veranſtaltung gilt dasſelbe, was wir geſtern in dem Artikel „Volksbildung?" über literariſche Entgleiſungen der Neuköllner Volksbildungsarbeit geſagt haben.

Muſeumsführungen. Sonntag, 9½ Uhr, finden Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiſer-Friedrich-Muſeum (Vorderaſiatiſche Abteilung), im Neuen Muſeum (Aegyptiſche Abteilung) und im Muſeum für Völkerkunde (Oſtaſiatiſche Abteilung) ſtatt. Zulaßkarten (1 M.) am Eingang der Muſeen.

Kind und Spielzeug. In der Dezember-Verſammlung des Bundes entſchiedener Schulreformer Dienstag, 7½ Uhr, in der Aula des Werner-Siemens-Realgymnaſiums, Hohenſtaufenſtr. 47/48, ſprechen Franz Hilker: „Spiel und Arbeit", Maria Günther-Grube: „Tätigkeitstrieb und Spielzeugwahl", Ilſe Müller-Oeſtreich: „Kind und Spielwareninduſtrie". In der Verſammlung wird gutes Spielzeug gezeigt. Jedermann willkommen.

Gewerkſchaftliches

Streik der Bauarbeiter

Die Bauarbeiter haben vor kurzer Zeit neue Lohnforderungen geſtellt, die angeſichts der ſtetig wachſenden Teuerung durchaus berechtigt ſind. 15 Mark Stundenlohn müſſen als das mindeſte angeſehen werden, wenn man berückſichtigt, daß die Bauarbeiter Saiſonarbeiter ſind, die bei dem Froſtwetter zur Arbeitseinſtellung gezwungen waren. Die Verhandlungen fanden durch einen Schiedsſpruch ihren Abſchluß, der 11,75 für Maurer und 11,10 für Hilfsarbeiter vorſah, jedoch von dem Bauarbeiterverband nach einſtimmigem Beſchluß abgelehnt wurde. Inzwiſchen iſt es auf den einzelnen Bauſtellen zu Arbeitseinſtellungen gekommen; es ſtanden über 3000 Kollegen im Streik. 43 Firmen mit über 1500 Beſchäftigten, darunter Großbetrieben, wie z. B. Stadtbau Neukölln, haben inzwiſchen die berechtigten Forderungen bewilligt. Inzwiſchen hat der Witterungsumſchlag die Situation für die Bauarbeiter bedeutend verbeſſert, und da die Unternehmer von der Organiſation die Aufhebung der Teilſtreiks verlangten, ſowie in einem Rundſchreiben mit der Ausſperrung drohten, nahm am Freitag, den 9. Dezember, eine Funktionärverſammlung des Bauarbeiterverbandes in den Prachtſälen des Oſtens zu der neuen Lage Stellung. Nach einem Bericht des Bevollmächtigten Theus, der eingehend die Situation ſchilderte, wurde einſtimmig beſchloſſen, in allen Betrieben am Sonnabend, den 10. Dezember die Forderungen den Unternehmern vorzulegen und, falls keine Bewilligung erfolgt, am Montag in den Streik zu treten. Der Streik betrifft den Hoch- und Betonbau ſowie die verwandten Spezialbranchen, der Tarif im Tiefbau iſt jedoch nicht abgelaufen. Eingeſchloſſen in den Berliner Kampf ſind die Orte Spandau, Mühlenbeck und Birkenwerder. Die Streikenden haben ſich am Montag in den Meldeſtellen, die in der heutigen Abendausgabe bekanntgemacht werden, eine Streik, bzw. Arbeitsberechtigungskarte abzuholen.

Den Anweiſungen der Streikleitung iſt unbedingt Folge zu leiſten und ſtrenge Disziplin zu wahren.

Lohnabkommen in der Maßſchneiderei

Am geſtrigen Freitag nahmen in einer gut beſuchten Verſammlung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes die Maßſchneider den Bericht über das in Nürnberg getätigte Abkommen entgegen. Die Forderung lautete auf 14 M. Stundenlohn, bewilligt wurden nach ſchwierigen Verhandlungen 13 M. für Zeitlohnarbeiter ab 3. Dezember, 12,50 M. für Stücklohnarbeiter ab 4. Dezember für alle zur Verrechnung kommenden Stücke. In der Diskuſſion wurden die geringen Erfolge und die Verbandsleitung ſcharf kritiſiert und gefordert, unbedingt mehr den Teuerungsverhältniſſen Rechnung zu tragen.

Arbeiterſport

M. S. V. Hockey. Spieltermine am Sonntag, den 11. Dezember. Spielplatz Schönhauſer Allee, Gaudyſtraße: Fichte 10 I — Fichte 12 9—10½, Gehr. Karnecker. Fichte 11 — Charlottenburg 10½—12, Kirchmann, Buggenhagen. Spielplatz Lichtenberg (Kartellſportplatz): Lichtenberg 2 — Roland 1 10½—12, Schröder-Zahn. Spielplatz Schönholz, Raſchdorfſtraße: Schönholz 2 — Moabit 2 2—3½, Vogel-Riedel.

Touriſtenverein „Die Naturfreunde“. Fahrten am Sonntag, den 11. Dezember. Abt. Moabit: Erkner-Löcknitz-Wanderung. Abf. 7 Uhr, Schleſiſchen Bahnhof. Abt. Neukölln: Fürſtenwalde, Rauen. Abf. 7 Uhr. Abt. Weißenſee: Oranienburg. Treffpunkt 6 Uhr, Anton-Platz. Abt. Oſten: Zoſſen, Motzenſee. Abf. 7 Uhr, Potsd. Ringbahnhof. Abt. Norden: Velten, Krämer. Abf. 6.45 Uhr, Bahnhof Geſundbrunnen. Abt. Mitte: Finkenkrug, Schwanenkrug. Abf. 8.05 Uhr, Lehrter Bahnhof. Abt. Lichtenberg: Potsdam, Wildpark. Abf. 8.30 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Abt. Steglitz: Strausberg, Blumenthal. Abf. 6.10 Uhr, Bahnhof Steglitz.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Tour am 11. Dezember, 1½ Uhr, nach Lichtenrade, Dorfſtr. 10 bei Stieler.

Turn- und Sportverein „Fichte“ Berlin. Montag, 12. Dezember, Sitzung des Vereins-Vergnügungsausſchuſſes bei Genſch, Dresdener Str. 105, abends 7 Uhr. Am ſelben Tage Eröffnung des Badeabends in der Schwimmhalle Oderberger Straße, abends ½8 Uhr für alle Nordabteilungen, auch Frauen.

Parteiveranſtaltungen

15. Verwaltungsbezirk. Cöpenick. Urwahl: Sonnabend, 7—9 Uhr, Sonntag, 10—1 Uhr. Lokale: Hackert, Bahnhofſtr. 7, Ehrenberg, Eliſabethſtr. 2, Flugball, Grünauer Str. 70. — **Friedrichshagen.** Urwahl: Sonntag, 10—1 Uhr, bei Bogler, Friedrichſtr. 12. — **Rahnsdorf.** Urwahl: Sonntag, 10—12 Uhr, Gemeindeamt, Fürſtenwalder Str., Z. 6. — **Bohnsdorf.** Urwahl: Sonntag, 10—2 Uhr, im Jugendheim. — Die Reſultate aller Orte ſind Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei Hackert, Cöpenick, Bahnhofſtr. 7, abzugeben.

6. Diſtrikt, 3. Abteilung. Wahllokal muß heißen Hufenbach, Perleberger Str. 62.

17. Diſtrikt. Sonnabend und Sonntag Urwahlen bei Dreſſe, Schreinerſtr. 18, und Wittſchus, Petersburger Str. 5. Wahlzeit wie vom Zentralvorſtand vorgeſchlagen an beiden Tagen.

Weißenſee. Gruppenführer. Die genaue Zahl der Kinder unter 14 Jahren ſämtlicher Gruppen ſind zwecks Vorbereitung der Weihnachtsfeier ſpäteſtens Montag abend beim Kaſſierer, Gen. Philipp, abzugeben.

Kinderſchutzkommiſſion Groß-Berlin. Alle Obleute werden dringend gebeten, ſofern ſie auf eine Unterſtützung der Zentralſtelle der Kinderſchutzkommiſſion rechnen, bis Dienstag, den 13. Dezember, die Zahl der zu bedenkenden Kinder und die Höhe der durch Sammelliſte eingegangenen Gelder nach dorthin anzugeben.

Königental und Umgegend. Urwahl: Sonnabend von 6—10 Uhr abends und Sonntag von 10—12 Uhr vorm. im Lokal von Pohle, Königental, Siemensſtraße.

Sonntag, 11. Dezember

Charlottenburg. Abends 6 Uhr Kunſtabend in der Leibniz-Oberrealſchule, Schillerſtraße. — Berichtigung: Es wirkt u. a. mit: die Charlottenburger Liedertafel (nicht Sängerbund).

Vereinskalender

Soz. Proletarierjugend. Treffpunkt zum gemeinſamen Beſuch der Begrüßungsfeier am Sonnabend in der Steinſtr. 5, Schulaula. — **Gruppe Roſenthaler Vorſtadt:** 7 Uhr Normaluhr Schönhauſer Tor, Lothringer Straße. — **Königental:** 6 Uhr am Bahnhof. — **Bernau:** ½6 Uhr am Bahnhof. — Beide Gruppen treffen um ½7 Uhr Stettiner Bahnhof ein.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: B. Rubner, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Praktische
und ausserordentlich billige
Weihnachts-Angebote
Spielwaren-Ausstellung I. Stock

Säumen Sie nicht mit Ihren Einkäufen, denn selbst meine noch ziemlich bedeutenden Vorräte, die noch zur günstigsten Zeit kaufte, gehen bei dieser Billigkeit zur Neige!

Damenhemden	fester Stoff mit Langetten und Stickerei 48.50	34^{50}
Damenbeinkleider	Hemdentuch, Kniefasson, m. Bog. u. Sticker. 34.50	24^{50}
Untertaillen	reich garniert, mit Stickerei-Ein- und Ansatz 29.50	19^{50}
Damenschürzen	Wien. Form, gemusterte und gestreifte Stoffe . . . 36.50	24^{50}
Damen-Korsetts	moderne lange Formen, weiß und beige 34.50	32^{50}
Damen-Reform-	u. Schlupfhosen, marine Wintertrikot 89.50	72^{50}
Damen-Unterröcke	gestreift Barchend, mit Volant	39^{50}
Damen-Taschentücher	Batist mit Hohlsaum . . . 2.95	1^{95}
Herren-Taschentücher	mit gepunkter Kante . . 7.95	4^{95}
Dam.-Taschentücher	gest. Ecke, Geschenkpackung . . ½ Dtzd.	12^{50}

In der Abteilung
Baumwollwaren
finden Sie für Ausstattungen und Ergänzungen des täglichen Bedarfs noch sehr vorteilhafte Artikel u. A.:
Bettbezüge, Bettlaken, Inlette, Bettdecken, Tischdecken, Handtücher, Tischzeuge
Stoffe für Leib- u. Bettwäsche, Unterröcke, Beinkleider

Handarbeiten in großer Auswahl!

Ausserordentlich praktische
Geschenk-Artikel
in **Galanterie-, Leder-, Schreibwaren,** u. A.:
Handtaschen — Besuchstaschen — Brieftaschen — Karten-, Briefmarken-Alben — Kassetten
Schlittschuhe — Schreibzeuge usw. usw.

Damen-Mantel	schwere, flauschartige Stoffe, lose Form	195^{00}
Damen-Blusen	gestreift. Flanell, offen und geschlossen zu tragen	59^{00}
Herren-Normalhemden	wollgemischt .	49^{50}
Herren-Socken	reine Wolle, langem Schaft, extra schwer	29^{50}
Damen-Strümpfe	florartig, sehr haltbar . .	12^{50}
Damen-Regenschirm	B'woll. Taffet mit Futteral	72^{50}
Herren-Stepphut	sehr chic, Noppen-Muster	53^{50}
Serviteurs	einfarbig und bunt gestreift, grosse Musterwahl	7^{25}
Strickbinder	Kunstseide, verschiedene neue Muster	12^{50}
Herren-Gummiträger	sehr haltbar, mit Leinenpatten . . .	13^{50}

Christbaumschmuck und -Ständer
Weihnachtskerzen u. Baumbehang
Lebkuchen, Marzipantorten, Konfitüren

Wilh. Herm. Lesser, Schöneberg
Kolonnenstr. 10-11
Ecke Sedanstrasse

Deutſcher Bauarbeiter-Verband / Bezirksverein Berlin

Bureau: Engelufer 24/25 — Fernſprecher: Amt Moritzplatz 8792 u. 4093.
Geſchäftszeit: Vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—6 Uhr;
Sonnabends von 9—1 Uhr, nachmittags geſchloſſen.

Kontrollbezirke der im Hoch- und Betonbau im Tarifgebiet Groß-Berlin am Streik beteiligten Mitglieder

Bezirk:	
Schöneberg Weſten	H. Kolzer, Kyffhäuſerſtr. 16
Oſten I Oſten II	Louis Krempin, Tilſiter Str. 85
Nord-Oſt Weißenſee Hoh. Schönhauſen	Emil Hetzel, Greifswalder Straße 157
Geſundbr. Pankow Reinickendf. (Oſt)	Fried. Elſhard, Badſtr., Ecke Buttmannſtr.
Charlbg.	Werner, Wallſtraße 96
Friedenau Steglitz Lichterfelde Lankwitz	Schellhaſe, Steglitz, Ahornſtr. 15 a
Neukölln I	Sommerfeld, Steinmetzſtr. 35
Neukölln II	Wolf, Inhaber Warnke, Kirchhofſtr. 41.
Reinickend.-Weſt Tegel Hermsdorf Hennigsdorf	W. Tornow, Tegel, Schlieperſtr. 64.
Birkenwerd. Hohenneuendf.	Reſt. Richter, Oranienburger Str.
Spandau	Türkiſches Zelt Bismarck-, Ecke Moltkeſtr.

Bezirk:	
Zehlendorf Teltow Wannſee	Alb. Hoffmann Zehlendorf, Teltower Str. 21
Süd-Weſt Süden Süd-Oſt Treptow	Reſt. Müller, Schönleinſtr. 6
Norden I	Leop. Mielke, Lychener Str. 3
Norden II Obg. Vorſt.	Kaiſer, Granſeerſtraße 41
Wedding	Otto Seyfeld, Schulſtraße 114
Moabit	Fr. Fabiſch, Salzwedeler Straße 13
Wilmersdorf Schmargendorf	Reſt. Pieper, Gaſteiner-, Ecke Holſteiniſcheſtr.
Mariendorf Marienfelde Tempelhof Lichtenrade	Reſt. Streller, Inh. Dickhoff, in Mariendorf, Chauſſeeſtr. 27
Friedrichsfelde Lichtenberg Stralau	Emil Krüger, Türſchmidtſtraße 33
Adlershof Alt-Glienicke Cöpenick Friedrichshag.	Reſt. Kuhwald Inh. M. Anders Bahnhof Spindlersfeld
Mahlsdorf Kaulsdorf Biesdorf	Reſt. Anders Mahlsdorf, Bahnhofſtr. 3
Mühlenbeck	W. Göldemeiſter Hauptſtr. 44 a

Beachtet unſere Inſerenten!

Altmetalle
kauft zu hohen Preiſen
Gehlhaar,
SO, Waldemarſtraße 61.

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geſchäftsſtelle Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überſchriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto
Stellengeſuche: Überſchriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Central-Leihhaus, Jägerſtraße 71, Ecke Kronenſtraße, täglicher Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Smokings und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu ſpottbilligen Preiſen. Keine Lombardware.

Kreuzfüchſe 100.—! Alaskafüchſe! Zobelfüchſe! Silberfüchſe! Skunks! Opoſſum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Rieſen-Weihnachtsverkauf zu erſtaunlichen Spottpreiſen! (Keine Verſatzware). Pfandleihhaus Schönhauſer Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof Nordring) (Fahrtvergütung).

Kreuzfuchs 275, Silberfuchs 360, echter großer Skunkskragen 300, herrlicher Blauwolf, Opoſſumkragen. Feige, Brüderſtraße 42 II, Schloßplatz. Kein Laden.

Staunenerregend! Rotfüchſe 60.—, Kreuzfüchſe 75.— Mark an! Alaskafüchſe! Silberfüchſe! Zobelfüchſe! Skunkſe! Iltiſſe! ſowie alle anderen Pelzarten! Rieſenauswahl! Keine Verſatzwaren! Alles zu bedeutend herabgeſetzten, ſpottbilligen Sommerpreiſen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warſchauer Str. 7.

Weihnachtsverkauf: Anzüge, Schlüpfer, Ulſter, elegante Damenmäntel, Kreuzfüchſe 175—1200. Rieſenauswahl in allen Artikeln und Preislagen. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man ſtets in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

Reſtehaus Pelz, Kottbuſer Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterſtoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Koſtüme, Röcke ſehr preiswert.

Halbumſonſt! Kreuzfüchſe 60.— an, Rotfüchſe 70.—, Zobelfüchſe, Alaskafüchſe, ſämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreiſen. Pelzzentrale Kottbuſer Damm 2, neben Landorf.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Str. 39.

Briefwechſel zwiſchen Schiller und Goethe. Gut gebunden, 332 Seit. ſtark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, laſiert, roh, enorm preisw. Rieſenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauſer Tor).

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweiſe. Möbelhaus Rehfeld, Badſtr. 34.

Chaiſelongues 160.—, Chaiſelonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Reiche, Auguſtſtraße 32a, Quergb.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienſtr. 19.

Kaufgeſuche

Briefmarken-Sammlung, kleinere, kauft Werner, Putbuſer Str. 30, vorn I., am Bahnhof Geſundbrunnen.

Photoapparate, Priſmengläſer kauft Haller, Neue Königſtr. 19 c.

Werkzeuge u. Maſchinen

Spiralbohrer, Schmirgelſcheiben, Feilen, Nägel, Maſch.-Schrauben, Wachsmannſtr. 22.

Kugellager, Magnete, Vergaſer, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 10, Hochpart. links.

Arbeitsmarkt

Händler geſucht für den Vertrieb aktueller Broſchüren. Buchhandlg. „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Verſchiedenes

Erfinder, Patentbureau Pochſcher, Gertraudtenſtr. 15. Zentrum 7609.

Frauen leſen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einſendung von 11.— M. den „Weg zum Haß“, Roman v. Conrad Loele von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Briefwechſel zwiſchen Schiller und Goethe. Gut gebund., 332 Seiten ſtark, nur 3.— M., Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenſtein, „Der Elternbeirat“ (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

Inſerate für die **Abend-Freiheit** müſſen ſpäteſtens **bis 9½ Uhr vorm.** für den darauffolgenden Tag **bis 4 Uhr nachmittags** bei der Expedition, **Berlin C 2,** Breite Straße 8-9, eingeliefert ſein.

Bücher- u. Bilderausſtellung der Freiheit-Buchhandlung · Breite Str. 8-9
Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends * An Sonntagen geſchloſſen

Eigene Konditorei
Eigene Schlächterei
Eigene Wurſtfabrikation

Gewerkschaftshaus
Engelufer 25 / Fernsprecher: Mpl. 8641 / Engelufer 25

Nach vollſtändiger Renovierung der Geſamträume
Eröffnung demnächſt